

Perspektiven für Umweltpolitik: Ansätze zum Umgang mit neuartigen Herausforderungen

Franziska Wolff¹, Steffen Bauer², Clara Brandi², Bettina Brohmann¹, Cristina Espinosa³, Corinna Fischer¹, Lisa Graaf⁴, Rainer Grießhammer¹, Martin Gsell¹, Dirk Arne Heyen¹, Klaus Jacob⁴, Matthias Kerr⁵, Simon Meisch⁵, Thomas Potthast⁵, Michael Pregernig³ & Carmen Richerzhagen²

Die materiellen Herausforderungen für Umweltpolitik haben sich in den letzten Jahren geändert: Während einige Umweltprobleme erfolgreich bekämpft werden konnten, haben sich andere geographisch verlagert und wieder andere verschärft (GEO-6; EEA 2015; Jacob und Wolff 2019). Neben materiellen Herausforderungen entstehen immer wieder auch gesellschaftliche Herausforderungen für Umweltpolitik: Klimawandelleugner ziehen die Wissensbasis von Umweltpolitik in Zweifel; die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit für Umweltthemen unterliegt Konjunkturen; bestimmte Leitbilder fördern, andere blockieren in ihrer aktuellen Ausdeutung umweltpolirischen Fortschritt, um nur einige Beispiele zu nennen.

In diesem Zusammenhang betrachtete das vom Umweltbundesamt beauftragte Forschungsprojekt „Umweltpolitik im 21. Jahrhundert“ (FKZ 3715 11 102 0)⁶ ausgewählte **Herausforderungen** und Ansatzpunkte von Umweltpolitik. Konkret wurden folgende Fragen untersucht:

- ▶ **Dynamiken der Umweltpolitik:** Was können wir aus vergangenen Erfolgsbedingungen und Hemmnissen von Umweltpolitik für deren künftige Stärkung lernen?
- ▶ **Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik:** (Wie) Können Narrative und Diskurse strategisch für die Umweltpolitik genutzt werden? Wo liegen die Grenzen hierfür?
- ▶ **Ökonomisierung von Umwelt:** Welche Chancen und Risiken bergen Praktiken wie die Monetarisierung von Ökosystemleistungen oder die

¹ Öko-Institut e.V., Büro Berlin

² Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

³ Professur für Sustainability Governance, Universität Freiburg

⁴ Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin

⁵ Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW), Universität Tübingen

⁶ Das Vorhaben wurde zwischen August 2015 und Mai 2019 vom Öko-Institut, dem Forschungszentrum Umweltpolitik der FU Berlin, der Professur für Sustainability Governance der Universität Freiburg, dem Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen, dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und der IFOK GmbH bearbeitet.

Schaffung von Zertifikatsmärkten? Lassen sich die Risiken durch kluges Instrumentendesign mindern?

- ▶ **Konsum und Verantwortung:** Wie kann Umweltpolitik mit dem (scheinbaren) Widerspruch zwischen Nachhaltiger Entwicklung und individueller (Konsum-)Freiheit umgehen?
- ▶ **Umweltpolitik im entwicklungspolitischen Kontext:** Wie kann Umweltpolitik ausgestaltet werden, um einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung (im Sinne der Agenda 2030) auch in Ländern des Globalen Südens zu leisten?

Ziel war es, sich mit diesen Herausforderungen vertieft auseinander zu setzen und strategische Handlungsmöglichkeiten abzuwägen. Im Vorhaben wurden hierfür drei analytische Perspektiven („Linsen“) genutzt. Sie bezogen sich auf:

- ▶ die Rollen von **Akteuren und Institutionen** für die Ausgestaltung und den Erfolg von Umweltpolitik;
- ▶ die Rolle von **Diskursen** für die Denk-, Sag- und Machbarkeit von Problemen bzw. Problemlösungen in der Umweltpolitik;
- ▶ die Rolle von **Ethik** für die Legitimation von Umweltpolitik.

Die zentrale Ergebnisse und Empfehlungen des Vorhabens fassen wir in den folgenden Abschnitten zusammen. Dabei verweisen wir auch auf die jeweiligen Einzelberichte. Wie auch der Synthesericht zum Vorhaben „Umweltpolitik im 21. Jahrhundert“ (Wolff et al. 2019) können diese von der Website des Umweltbundesamtes herunter geladen werden.

I. Dynamiken der Umweltpolitik

Unsere Untersuchung zeigt, dass deutsche Umweltpolitik in den letzten Jahrzehnten zu zahlreichen umweltpolitischen Neuerungen führte (Jacob et al. 2016). Gefördert wurden diese Innovationen durch politische Konflikte und den Wettbewerb um Umweltpolitik, die zwischen Staat und Zivilgesellschaft, zwischen Parteien, politisch-administrativen Ebenen und zwischen unterschiedlichen Politikfeldern ausgetragen wurden. Darüber hinaus leisteten – tatsächliche oder so empfundene – Krisen und Katastrophen (im Sinne von Gelegenheitsfenstern) der Weiterentwicklung von Umweltpolitik, aber auch sozialen und technischen Innovationen Vorschub.

Einige Probleme konnte Umweltpolitik erfolgreich thematisieren und bearbeiten (z.B. Atomenergie, Abfallproblematik, Luft-, Wasserqualität, Energie- und Ressourceneffizienz). Andere Themenfelder wurden jedoch bislang nicht oder nur mit begrenztem Erfolg umweltpolitisch bearbeitet, obwohl Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf ihre Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung verweisen. Hierunter fallen insbesondere:

- ▶ wirksame Eingriffe in Konsum und Lebensstile, um diese ökologischer und international gerechter auszugestalten;
- ▶ eine Erhöhung der Preise für bzw. Senkung der Mengen von Umweltverbrauch entlang der Wertschöpfungskette;
- ▶ der Umgang mit Wirtschaftswachstum und Freihandel;
- ▶ die Regulierung von bereits etablierten Strukturen und Besitzständen (z.B. Altanlagen, Gebäudebestand, auf dem Markt befindliche Produkte);

- eine institutionelle Vorrangstellung von Umweltpolitik.

Die Ursachen dafür, dass diese Themen nicht oder nicht ausreichend wirksam angegangen werden, sind vielfältig. Sie reichen von kulturellen Faktoren über die Verteilung politischer Kompetenzen bis hin zur Machtverteilung zwischen gesellschaftlichen Interessen (Jacob et al. 2016).

Um die Herausforderungen für Umweltpolitik und die bislang noch nicht wirkungsvoll genug adressierten Handlungsfelder erfolgreich zu bearbeiten, ist eine **Stärkung von Umweltpolitik** vonnöten.

II. Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik

Welche Bedeutung haben Narrative⁷ und Diskurse⁸ für die Umweltpolitik? Wie kann mit ihnen umgegangen werden, und wie können sie gegebenenfalls aktiv für umweltpolitische Anliegen eingesetzt werden? Ausgangspunkt unserer Betrachtungen (Espinosa et al. 2017) ist, dass Umweltprobleme nicht als „objektiv“ gegebene Phänomene angesehen werden können, die sich mit rational auswählbaren Instrumenten wirksam lösen lassen. Vielmehr sind Themen wie Klimawandel oder Biodiversitätsverlust von widerstreitenden Perspektiven und Interpretationen geprägt, in die lokale Kontexte und auch Machtbeziehungen hineinspielen. Die jeweiligen Interpretationen beeinflussen, wie Umweltprobleme gesellschaftlich verstanden und politisch bearbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahrzehnten die Rolle von Sprache und Diskursen verstärkt in die Untersuchung umweltpolitischer Problemlagen einbezogen. Im Bericht (Espinosa et al. 2017) werden zentrale Konzepte geklärt, die in sprachsensitiven Theorien und empirischen Studien zu Umweltdiskursen verwendet werden. Grundsätzlich geht unsere Analyse davon aus, dass Diskurse und Narrative durch politische Akteure zwar zu einem gewissen Grad beeinflusst werden können. Allerdings sind Diskurse auch von situativen und strukturellen Faktoren abhängig, welche sich einer aktiven Steuerung entziehen.

Narrative erfüllen im politischen Prozess wichtige Funktionen: Sie schaffen Referenzpunkte, an denen sich gesellschaftliche Akteure orientieren können, unter anderem in Bezug darauf, was umweltpolitisch als anerkanntes Problem wahrgenommen wird und wie dieses Problem gelöst werden sollte. Sie können Wertesysteme stützen, aber auch zu ihrer Veränderung beitragen, und sie bilden die Grundlage strategischer Legitimation. Ganz grundsätzlich ermöglichen Narrative Kommunikation und damit letztlich gemeinsames Handeln und die Bildung politischer Allianzen.

Wir stellen sechs Hypothesen zu den Erfolgsbedingungen umweltpolitischer Narrative vor und illustrieren sie mit Beispielen. Ergebnis dieser Untersuchungen: Ein Narrativ kann dann erfolgreich sein, wenn es von Akteuren kommuniziert wird, die in der Öffentlichkeit als legitim und glaubwürdig anerkannt sind; wenn es Gemeinsamkeiten mit den Ideen, Konzepten und Kategorisierungen eines dominanten Diskurses aufweist und an diese anschlussfähig ist; wenn es offen angelegt ist und damit Anknüpfungspunkte für unterschiedliche Positionen und Interessen liefert; wenn es Bezüge zu Phrasen und Ausdrücken herstellt, die es in historische Ereignisse oder situative Gegebenheiten einbettet; wenn es Probleme durch in sich stimmige Narrativstrukturen kommunizierbar macht; wenn es in verständlicher Sprache erzählt wird,

⁷ „Narrative“ sind konkrete sprachliche Sequenzen und Argumentationsmuster, die der Repräsentation oder Darstellung von Ereignissen, Beziehungen, Prozessen und Phänomenen dienen, und die plausible und kohärente Erzählungen über komplexe Phänomene schaffen.

⁸ Unter „Diskurs“ verstehen wir breitere kollektive Wissens- und Sinnordnungen bzw. „Ensemble[s] von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch die ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und das durch ein benennbares Set von Praktiken hervorgebracht wird“ (Hajer 1995, S. 44).

technisch-abstrakten Jargon vermeidet und damit gut an das Alltagsverständnis des Publikums anschließt.

Die Ergebnisse bieten damit praktische Impulse für die Reflexion und Entwicklung politischer Strategien zur erfolgreichen umweltpolitischen Kommunikation.

III. Ökonomisierung von Umwelt

Die zunehmende Verwendung ökonomischer Ansätze stellt einen bedeutenden und nicht unstrittigen Trend der jüngeren Umweltpolitik dar. Fördert oder hemmt die so genannte „Ökonomisierung“ der Umwelt und des Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung?

Unsere Analyse (Wolff und Gsell 2018) arbeitet zunächst auf, was unter Ökonomisierung zu verstehen ist. Wir identifizieren acht konkrete Praktiken einer Ökonomisierung, die für Umweltpolitik bedeutsam sein können: 1. Die Zuweisung von Geldwerten zu Umweltgütern oder Leistungen, die bislang nicht an Märkten gehandelt werden (Monetarisierung); 2. die Nutzung ökonomischer Verfahren der Entscheidungsunterstützung in Politik und Planung; 3. der Einsatz ökonomischer Anreizinstrumente (Umweltsubventionen, -steuern etc.); 4. die Zuweisung von Eigentumsrechten; 5. die Schaffung von Märkten für Umweltgüter bzw. -leistungen; 6. die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in staatlicher Aufgabenerledigung; 7. Deregulierung und 8. Privatisierung.

Darauf aufbauend untersuchen wir, wie wirtschaftswissenschaftliche Ansätze die jeweiligen Praktiken bewerten. Betrachtet werden die Positionen von Neoklassik, Umwelt- und Ressourcenökonomik, Ökonomischem Institutionalismus, Ökologischer Ökonomik und weiterer Strömungen der pluralen Ökonomik wie Care Economy, Gemeingüterökonomie und Postwachstumsansätze.

Die Schaffung von Umweltmärkten durch handelbare Rechte (Praktik Nr. 5 oben) ist – insbesondere im Management natürlicher Ressourcen – eine der strittigeren Ökonomisierungs-Praktiken. Mit Blick auf die Praxis werfen wir die Frage auf, welche Erfahrungen bisher mit diesem Instrument gemacht wurden. Eine empirische „Tiefenbohrung“ untersucht die drei Fallbeispiele Conservation Banking in den USA, Stickstoffzertifikatshandel in Neuseeland (Lake Taupo) und handelbare Fischereiquoten in Island.

Wir arbeiten Chancen, Risiken und Gestaltungsoptionen heraus, die sich mit Praktiken einer Ökonomisierung von Umweltpolitik verbinden. Sowohl aus theoretischer als auch aus empirischer Perspektive sind die Befunde zu den Praktiken sehr heterogen. Wegen ihrer erheblichen Unterschiede wie auch der großen Rolle, die ihre konkrete Ausgestaltung, ihre Umsetzung und der Umsetzungskontext für ihre Nachhaltigkeitswirkungen spielen, lassen sich Ökonomisierungspraktiken nicht abschließend übergreifend beurteilen. Im Bericht wird jedoch mit einem Analyseraster die Grundlage für eine differenzierte Bewertung geschaffen.

IV. Konsum und Verantwortung

Wie kann Umweltpolitik in einem wahrgenommenen Spannungsfeld von Verantwortung, Nachhaltigkeit und Freiheit mit den Umweltbelastungen durch Konsum umgehen? Viele Umweltzerstörungen werden auf privaten Konsum zurückgeführt. Allerdings entstehen zerstörerische Auswirkungen oft in Folge zahlreicher Verbraucherentscheidungen, die im Einzelnen kaum schädlich sind – wie beispielsweise Flugreisen oder Konsum ressourcenaufwändig hergestellter Nahrungsmittel. Zum Umweltproblem entwickeln sie sich dadurch, dass solche Güter in immer größerem Umfang konsumiert werden (u.a. von immer mehr Menschen, aber auch durch die extreme Steigerung des individuellen Verbrauchs bestimmter gesellschaftlicher Schichten). Dieses Problem wird im Bericht (Meisch et al. 2018) unter dem Titel der *Mengenproblematik* diskutiert.

Unsere Ausgangsfrage lautet, ob es mit Blick auf die (Umwelt-)Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd und zwischen den Generationen nicht geboten ist, dass Umweltpolitik privaten Konsum stärker reguliert – und inwiefern diese Eingriffe mit dem liberalen Freiheitsbegriff vereinbar sind. Zur Beantwortung der Frage werden die Hintergrundannahmen herausgearbeitet, die im Konzept der „Mengenproblematik“ enthalten sind. Sie werden mit Blick auf ethische Konzepte von Gerechtigkeit, Freiheit und Verantwortung kritisch diskutiert.

Hierauf aufbauend fragen wir, ob *Nudging* einen Ausweg aus dem wahrgenommenen Dilemma bietet. Nudging wird als ein Set von Politikinstrumenten gesehen, um privaten Konsum zu beeinflussen, ohne ausdrückliche Vorgaben zu machen. Es werden Erfahrungen mit diesen Instrumenten vorgestellt und ihre Legitimität diskutiert. Teils wird Nudging als manipulativ problematisiert. Hier ist darauf hinzuweisen, dass Konsum stets durch „*Entscheidungsarchitekturen*“ (wie auch Nudging sie darstellt) beeinflusst wird. Zumeist geschieht dies allerdings im Rahmen von Produktvermarktung, also nicht demokratisch legitimiert und eher auf Absatz denn auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet.

Im Ergebnis lässt sich die Mengenproblematik als scheinbar individuelle Konsumfrage umformulieren als eine soziale Frage von *Lebensstilen und -formen*. Sie betrifft die politische Auseinandersetzung um das „Gute Leben“ und den liberalen Freiheitsbegriff, der in einer nicht-verkürzten Form zugleich auch Verantwortung einschließt. Wir argumentieren, dass Konsum immer auch eine öffentliche Angelegenheit ist. Es ist sinnvoll, die Mengenproblematik nicht in erster Linie oder gar ausschließlich am Ende der Wertschöpfungskette bei den Verbrauchenden zu adressieren (und so zu „privatisieren“). Vielmehr ist sie in die gesellschaftliche Diskussion um eine Suffizienzpolitik („Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben“?) einzubetten. Dabei kann ethisch begründet werden, dass Konsum als Teil von Lebensformen Gegenstand von Umweltpolitik werden muss, um die Mengenproblematik bearbeiten zu können.

V. Umweltpolitik im entwicklungspolitischen Kontext

Globale Umweltprobleme wie auch die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gewichte haben sich in den letzten zehn bis zwanzig Jahren stark verändert. Insbesondere bei globalen Umweltproblemen wie dem Klimawandel fallen Verursachung und Betroffenheit geographisch oft auseinander: Industrieländer tragen maßgeblich die historische Verantwortung, wenngleich zunehmend auch Schwellen- und Entwicklungsländern globale Umweltprobleme verschärfen. Zugleich bleiben die Länder des Globalen Südens stärker von den negativen Auswirkungen der Probleme betroffen. Mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) hat sich die internationale Gemeinschaft auf eine neue Programmatik verständigt, um diese Zusammenhänge zu adressieren. Was sind die Folgerungen für Umweltpolitik im entwicklungspolitischen Kontext?

Unsere Studie (Richerzhagen et al. 2019) untersucht zunächst, welche Diskurse und Strategien eine Transformation hin zu nachhaltigen Entwicklungspfaden in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern unterstützen. Diskurse, die sowohl die Entwicklungs- als auch die Umweltpolitik seit Ende des zweiten Weltkriegs bis heute stark geprägt haben, werden historisch eingeordnet und kritisch diskutiert. Sie zeigt, dass die entwicklungspolitischen Diskurse der Gegenwart zunehmend ressourcen- und umweltbezogene Aspekte menschlicher Entwicklung widerspiegeln. Die chronologische Betrachtung der entsprechenden Diskurse zeichnet nach, wie sich ein ursprünglich eng auf ökonomisches Wachstum fokussierter Entwicklungsbegriff über Jahrzehnte schrittweise in ein differenzierteres Verständnis nachhaltiger Entwicklung gewandelt hat. Nachhaltige Entwicklung hat sich seit Beginn der 1990er Jahre als das international maßgebliche Paradigma zur Verzahnung sozioökonomischer und ökologischer Entwicklungsziele etabliert. Das Konzept ist seither handlungsleitend im multilateralen System und der internationalen Zusammenarbeit.

Aus der Analyse der Diskurse leiten wir Handlungsperspektiven für staatliche Akteure der Umweltpolitik ab: Umwelt- und Entwicklungspolitik sind institutionell besser zu koordinieren und verzahnen. Eine „entwicklungspolitische Sensibilisierung“ von Umweltpolitik kann die Legitimation umweltpolitischer Zielsetzungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken. Sie kann helfen, dass Umweltpolitik so ausgestaltet wird, dass soziale Ungleichheiten in Deutschland und der EU sowie international gemindert werden, und eine bessere Kommunikation der Erfolge ermöglichen.

In einem weiteren Schritt betrachten wir beispielhaft die Umsetzung von Strategien nachhaltiger Entwicklung, die an unterschiedlichen der diskutierten Diskurse ausgerichtet sind – in Ecuador („Buen Vivir“), Vietnam („Green Growth“) und Kenia („Agenda 2030“). Damit vollziehen wir im Sinne eines „Reality Checks“ nach, wie die diskutierten Umwelt- und Entwicklungsdiskurse in der Praxis umgesetzt werden. Die Fallstudien zeigen, dass die politische Bedeutung des Konzepts Nachhaltiger Entwicklung in den Ländern des Südens durch die Agenda 2030 und die SDGs national und international weiter gestärkt wird. Es wird jedoch auch deutlich, dass die Wohlfahrtsmodelle der Länder trotz der unterschiedlichen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien in der Regel einem wachstumsorientierten, ressourcenintensiven kapitalistischen Wirtschaftsmodell verhaftet bleiben, wie es auch die wohlhabenden Nationen des Globalen Nordens prägt. Umweltpolitik und internationale Umweltkooperation sollten (entwicklungssensibel) die soziale Dimension von Umweltpolitik im internationalen Kontext stärken. Damit einhergehend sollten Industriestaaten aber eigene umweltpolitische Interessen und Zielvorstellungen weiterhin ambitioniert verfolgen und nicht verwässern, um die eigene Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten bzw. zu stärken.

Fazit

Die betrachteten Herausforderungen von und Ansatzpunkte für künftige Umweltpolitik unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Als zusammenführendes Fazit lässt sich festhalten,

- ▶ dass Umweltpolitik künftig eine Reihe bislang noch nicht oder noch nicht wirkungsvoll bearbeiteter Handlungsfelder adressieren sollte, u.a. wirksame Regelwerke für generationengerechten Konsum und Lebensstile, Steuerung von Preisen und Mengen des Umweltverbrauchs, der Umgang mit Wirtschaftswachstum und Freihandel, die Regulierung von Besitzständen und eine institutionelle Vorrangstellung von Umweltpolitik;
- ▶ dass das Agenda-Setting für diese neuen Politikfelder von wirkungsvollen Narrativen und ethischen Argumentationen profitieren würde;
- ▶ dass zur effektiven Bearbeitung der Themen unter anderem ökonomische Anreizinstrumente (Steuern und Abgaben, Subventionen, Haftungsregelungen etc.) genutzt werden können, der Einsatz strittigerer Ökonomisierungspraktiken jedoch wohl abgewogen werden und kluges Design gegen die mit ihnen verbundenen Risiken absichern muss; und
- ▶ dass die entwicklungspolitischen Wirkungen bei der Ausgestaltung von Umweltpolitik stets mit zu bedenken sind.

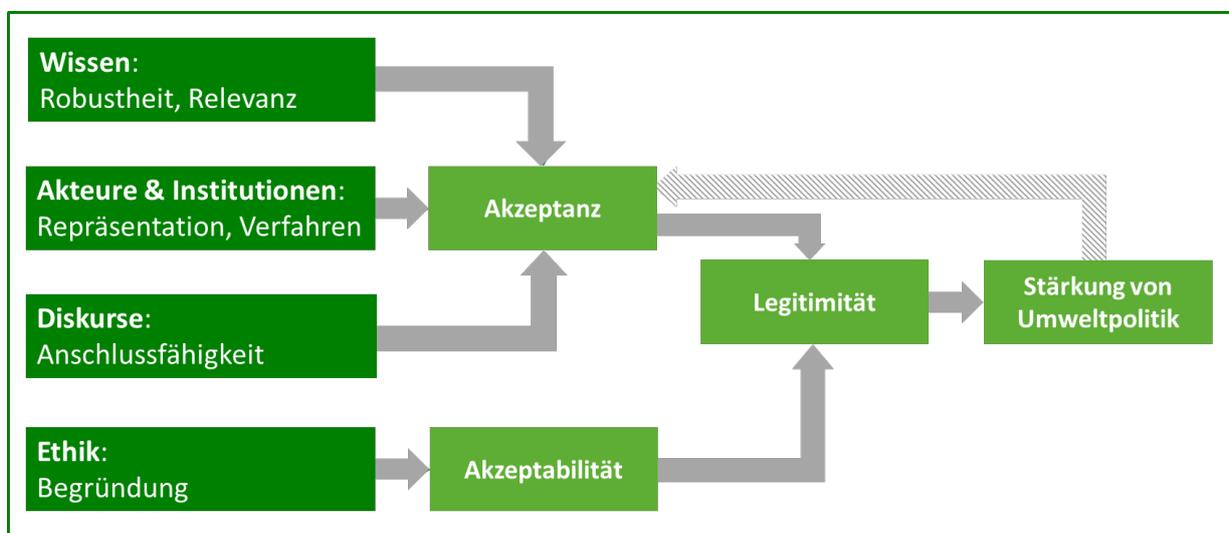
Noch grundsätzlicher gilt, dass eine *Stärkung von Umweltpolitik* vonnöten ist, um die Herausforderungen für Umweltpolitik zu meistern und die künftig zu bearbeitenden Handlungsfelder erfolgreich zu gestalten. Eine zukunftsfähige Umweltpolitik muss in der Lage sein, ambitionierte Ziele nicht nur zu definieren, sondern auch umzusetzen.

Ausblick: Sechs Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Umweltpolitik

Weil starke Umweltpolitik vermeintlich mehr in die Interessen und Präferenzen von Bürgern und Unternehmen eingreift, muss sie ihre Grundlagen stets erneut (und teils auch gegen Widerstände) legitimieren. Es gilt daher, die politische Auseinandersetzung um die *Legitimation* von Umweltpolitik zu stärken (SRU 2019).

Legitimität ist ein vielschichtiger Begriff. In der Literatur wird häufig zwischen einer normativen und einer empirischen Lesart unterschieden: „Während sich das empirische Begriffsverständnis auf die tatsächliche Akzeptanz gesellschaftlicher Regeln oder Strukturen bezieht, geht es im Fall der normativ verstandenen Legitimität um Akzeptabilität, das heißt um die Frage, unter welchen Bedingungen es gute Gründe gibt, gesellschaftliche Regeln und Strukturen als gerechtfertigt zu akzeptieren“ (Dingwerth 2004, S. 80–81). Das in Abbildung 3 dargestellte Modell greift auf eine dritte – strategische – Lesart zurück. Aus dieser eher instrumentellen Perspektive wird Legitimität als eine „Ressource“ gesehen, die politische Akteure gezielt zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen können (Suchman 1995; Hogl et al. 2012). Diese strategische Perspektive geht nicht so weit anzunehmen, dass Legitimation von Akteuren beliebig steuerbar wäre, wohl aber sieht sie Ansatzpunkte für aktive Interventionen (Black 2008).

Abbildung 1: Ansatzpunkte für eine Erhöhung der Akzeptanz und Akzeptabilität von Umweltpolitik



Quelle: Eigene Darstellung (Öko-Institut, Freie Universität Berlin, Universität Freiburg, Universität Tübingen, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik).

Das Modell in Abbildung 1 sieht zwei Ansatzpunkte zur Stärkung der Legitimation von Umweltpolitik vor, nämlich *Akzeptanz* und *Akzeptabilität*. „Akzeptanz“ bedeutet tatsächliche, explizite oder implizite Zustimmung zu etwas. „Akzeptabilität“ bezieht sich demgegenüber auf ethische Begründbarkeit. In der Umweltpolitik können sich Akzeptanz und Akzeptabilität beispielsweise auf einen gegebenen bzw. künftig erwarteten Umweltzustand, auf ökologische Risiken oder aber auf Maßnahmen beziehen. Akzeptanz kann durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst werden, die am politischen Prozess und seinen Verfahren (Input-Seite) oder an ihren Ergebnissen (Output-Seite) ansetzen. Die obige Abbildung greift zentrale im Projekt adressierte Faktoren auf, die sich auf Akzeptanz und Akzeptabilität auswirken können – auch wenn die Wirkbeziehungen hier sehr vereinfacht dargestellt sind.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Zusammenhänge können die folgenden sechs Handlungsansätze (in grüne Kästen gesetzt) dazu beitragen, Akzeptanz und Akzeptabilität von Umweltpolitik zu erhöhen und mittelbar Umweltpolitik zu stärken. Im Gegenzug kann der Erfolg

von starker Umweltpolitik wiederum ihre Akzeptanz kräftigen. Die Handlungsansätze beziehen sich auf die übergreifenden Bereiche Wissen, Akteure und Institutionen, Diskurse sowie Ethik.

A. Wissen

Das Verständnis der Ursachen und Folgen von Umweltproblemen ist eine wesentliche Voraussetzung für den wirkungsvollen Schutz von Natur und Umwelt; die Wissensbasierung von Umweltpolitik eine der stärksten Quellen für ihre Akzeptanz und Legitimation.

Handlungsansatz 1: Die Akzeptanz von Umweltpolitik kann gestärkt werden, indem eine politisch relevante und sozial robuste Wissensbasis geschaffen wird.

Der Nachweis von positiven „Impacts“ einer ambitionierten Umweltpolitik – als Wirkungsabschätzung vor ihrer Umsetzung oder als Wirkungsnachweis danach – ist wesentlich, um die Akzeptanz entsprechender Maßnahmen zu erhöhen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Schaffung und Vermittlung einer *politisch relevanten, aber auch sozial robusten Wissensbasis*. Konkret sollten damit mehrere Ziele verfolgt bzw. *Prinzipien* berücksichtigt werden: Zum einen sollten politische Entscheidungen auf eine gut fundierte Informationsgrundlage gestellt werden (evidenzgestützte Politikgestaltung); zum Zweiten sollte wissenschaftlicher Input in politische Prozesse möglichst politik- und entscheidungsorientiert sein; und schließlich sollten auch Prozesse von (wissenschaftlicher) Politikberatung normativen Kriterien von Transparenz und Beteiligung entsprechen.

Entlang dieser Prinzipien lassen sich einige konkretere Handlungsoptionen ableiten:

- ▶ Durch *integrierte Bewertungen (Integrated Assessments)* zur Umweltsituation eine breite, multidisziplinäre Wissensbasis herstellen, die gegebenenfalls weniger anfällig dafür ist, durch enge sektorale Interessenspositionen ausgehebelt zu werden.
- ▶ *Transparenz der Analysen bei der Gesetzesfolgenabschätzung erhöhen*, besonders der Nachhaltigkeitsprüfung: Welche Methoden und Daten wurden genutzt, wer wurde wann und zu welchen Fragen konsultiert, welche Studien beauftragt und genutzt?
- ▶ *Offenheit im Umgang mit wissenschaftlichen Unsicherheiten* pflegen, weil die Kommunikation vermeintlicher Sicherheiten im „Krisen-Fall“ leicht durch Gegner instrumentalisiert werden kann (siehe Klimaskeptiker).
- ▶ *Relevante Akteure, auch Bürgerinnen und Bürger*, in die Entwicklung von Fragestellungen und die Bewertung politikrelevanter Wissensbestände *einbeziehen* („Co-Design“ bzw. „Co-Produktion“ von Wissen, z.B. in Form von „Reallaboren“). Auch in der interministeriellen Zusammenarbeit sollten Formate wie Policy-Labs genutzt werden, in denen Politikinnovationen gemeinsam entwickelt und erprobt werden.
- ▶ *„Co-Benefits“ identifizieren und stärker herausstellen*: Umweltpolitik hat zahlreiche so genannte Co-Benefits (d.h. positive gesellschaftliche Effekte zusätzlich zum Umweltschutz), etwa für ländliche Entwicklung, Gesundheit, Beschäftigung und Innovation, und sie kann künftige Wertverluste (z.B. aus dem Klimawandel und Gesundheitsschäden) verhindern. Umweltpolitische Akteure sollten solche Co-Benefits noch systematischer identifizieren und auch stärker auf sie verweisen. Auf dieser Basis können breitere und durchsetzungsstarke Akteurskoalitionen entwickelt und Umweltpolitikintegration gestärkt werden.

Handlungsansatz 2: Die Akzeptanz von Umweltpolitik kann gefördert werden, indem Umweltpolitik im politischen Wettbewerb gestärkt wird.

Umweltpolitik kann gestärkt werden, indem der politische Wettbewerb um sie verschärft wird, statt sie zum Gegenstand eines überparteilichen (und vermeintlichen) Konsenses zu machen. Eine Politisierung zielt darauf ab, neue Ideen für eine stärkere Umweltpolitik zu entwickeln und dafür Akzeptanz zu suchen. Konkrete Handlungsoptionen umfassen:

- ▶ *Föderalismus in der Umweltpolitik wieder stärken*: Die im deutschen Föderalismus gegebene Möglichkeit einer abweichenden Umweltgesetzgebung wird durch die Länder kaum genutzt. Ein Ideen- und Politik-Wettbewerb zwischen den Bundesländern könnte die Diskussion dynamisieren. Ein möglicher Ausgangspunkt können Peer-Reviews der Länder sein.
- ▶ *Wahlprogramme* unter dem Gesichtspunkt ihrer Umweltwirkungen analysieren, beispielsweise durch ein wissenschaftliches Beratungsgremium (ähnlich dem Vorbild Niederlande): So wird die öffentliche Diskussion um Umweltpolitik angeregt.
- ▶ *Förderprogramm für soziale Innovationen einrichten*: Innovative soziale Praktiken, z.B. Sharing-Angebote, suffiziente Geschäftsmodelle usw. sollten (analog zu technischen Innovationen) Förderung für die Entwicklung und Markteinführung erhalten. Denkbar wäre ein (zunächst) „1.000 Räume Programm“ zur Förderung von im öffentlichen Raum zugänglichen Orten, an denen ressourcen- und klimaschonend experimentiert werden kann.
- ▶ Auf Krisen und Katastrophen als *Möglichkeitsfenster* zeitnah reagieren: Ideen (Blueprints) für Strategien oder Gesetzesvorhaben können auch „für die Schublade“ entwickelt werden, um sie bei Öffnung des Möglichkeitsfensters schnell in den Politikprozess einspeisen zu können. Dies setzt entsprechende Kompetenzen und Freiräume in der Verwaltung voraus.
- ▶ *Systematisch Stakeholder-Beziehungen aufbauen*, beispielsweise durch den strategischen Aufbau und die Sichtbarmachung von Unterstützern zu den wichtigsten umweltpolitischen Handlungsfeldern (z.B. Klima, Biodiversität, Ressourcenschutz, Landwirtschaft und Mobilität). Dabei sollte der Fokus auf die Zustimmung zu Zielen („1,5° Club“), nicht zu den Instrumenten (z.B. Umweltsteuern) gelegt werden. Es geht auch um neue Akteursallianzen, z.B. mit Krankenkassen und Ärzten zu Luftschadstoffen/ Diesel, Stärkung zivilgesellschaftlicher Umweltakteure im Politikprozess. Ein zweiter Ansatz ist die Schaffung neuer Akteure mit Eigeninteresse an starker Umweltpolitik (Bsp. wie geschehen mit Anbietern regenerativer Energien durch die Strommarktliberalisierung) oder mit einem Mandat für entsprechende Tätigkeiten (Bsp. „Agora Verkehrswende“). Ihre Einmischung und Vermittlerfunktion in gesellschaftlichen bzw. politischen Debatten oder in Märkte prägt den Diskurs bzw. den Markt. Schließlich sollten zivilgesellschaftliche Umweltakteure in Politikprozessen gefördert werden (finanziell, institutionell, durch verbesserten Zugang zu Politikentwicklung). Dies erhöht die Sichtbarkeit von umweltpolitischen Anliegen und Argumenten und kann zu deren Akzeptanz beitragen.
- ▶ *„Tiefe“ Partizipationsformen ermöglichen*: Damit Partizipation tatsächlich die Legitimation von Umweltpolitik stärken kann, sind solche Formate wichtig, in denen eine intensive Auseinandersetzung mit ökologischen Fragestellungen stattfinden kann und Beiträge von Bürgerinnen und Bürger ernst und aufgenommen werden (Bsp. Irischer Verfassungskonvent 2012 – 2014, oder Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern in Modellprojekte, in denen umweltpolitische Maßnahmen zeitlich und räumlich begrenzt getestet und ausgewertet werden).

Handlungsansatz 3: Die Akzeptanz von Umweltpolitik kann gestärkt werden, indem das Erreichte institutionalisiert wird.

Umweltpolitik stärken bedeutet auch, das bisher Erreichte institutionell zu stärken. Mögliche Ansatzpunkte hierfür sind:

- ▶ *Das Vorsorgeprinzip erneuern und stärken:* Gerade in der gegenwärtigen Diskussion zu vermuteten Hemmnissen von Innovation durch das Vorsorgeprinzip gilt es, mögliche Technikfolgen aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung zu bewerten und zwischen den Chancen, mittels Innovationen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, und ihren Risiken transparent abzuwägen.
- ▶ *Nutzung von so genannten „Ratchet-Mechanismen“* als Instrument der „Besseren Rechtssetzung“: In Umweltgesetzen und -Verordnungen sollte eine stetige Ambitionssteigerung aufgenommen werden; für Umweltsteuern heißt dies beispielsweise: dynamisch ansteigende Steuersätze, bei Standards eine laufende und automatische Anhebung.
- ▶ *Verfassungsrecht erproben und schärfen*, so dass Umweltaspekte in den verschiedenen Politikfeldern wirksam Berücksichtigung finden und dies gegebenenfalls auch einer verfassungsrechtlichen Kontrolle unterzogen wird. Bei Gesetzesvorhaben, die schädliche Umweltwirkungen haben, kann das Instrument der Normenkontrollklage genutzt werden, um dem Artikel 20a des Grundgesetzes Bedeutung zu verschaffen. Gegebenenfalls sollten Vorschläge zur Stärkung von (Umwelt-) Verfassungsrecht ausgearbeitet werden.

C. Diskurse

Handlungsansatz 4: Die Akzeptanz von Umweltpolitik kann gefördert werden, indem Umweltpolitik diskursiv gestärkt wird.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung komplexer Umweltthemen und damit auch deren Legitimation im politischen Prozess hängen stark davon ab, ob sie in sinnstiftende Erzählungen (Narrative) eingebunden sind. Umweltpolitik lässt sich damit auch *diskursiv stärken*, wobei diskursive Stärkung nicht bloß als verbesserte Öffentlichkeitsarbeit verstanden und die aktive Steuerbarkeit von Diskursen nicht überschätzt werden sollten.

- ▶ *Umweltpolitik in überzeugende und gut vorbereitete Narrative übersetzen:* Gute Kommunikation trägt maßgeblich dazu bei, Zustimmung auch zu ambitionierter Umweltpolitik aufzubauen. Umweltpolitik kann und sollte daher im politischen Diskurs in überzeugende und gut vorbereitete Narrative übersetzt werden. Wie oben beschrieben, sind Narrative dann erfolgreich, wenn sie von in der Öffentlichkeit als legitim und glaubwürdig anerkannten Akteuren getragen werden; wenn sie an dominante Diskurse anschlussfähig sind; wenn sie offen angelegt sind, sodass sich unterschiedliche Positionen und Interessen daran anknüpfen lassen; wenn sie Bezüge zu historischen Ereignissen oder situativen Gegebenheiten aufzeigen; wenn sie Probleme durch ansprechende Narrativstrukturen kommunizierbar machen; und wenn sie in verständlicher Sprache erzählt werden und damit gut an das Alltagsverständnis des Publikums anschließen.
- ▶ Ein Beispiel könnte die *Nutzung gesellschaftlicher Trends und sozialer Innovationen* sein: Umweltpolitik kann auf gesellschaftliche Trends und soziale Innovationen verweisen, auf diese aufbauen und diese unterstützen. Immer mehr Menschen verzichten auf das eigene Auto, fleischlastige Ernährung oder andere umweltintensive Praktiken – das kann Umweltpolitik nutzen und verstärken.

- ▶ Zu einer erfolgreichen Kommunikation gehört auch eine gezielte Auseinandersetzung mit *destruktiven Narrativen*, Gegenargumenten, „alternativen Fakten“ und Falschaussagen. Diese Auseinandersetzung muss über ein reflexhaftes Zurückweisen hinausgehen; vielmehr muss sie die Argumentation dieser destruktiven Ansätze rekonstruieren und im öffentlichen Diskurs nachdrücklich widerlegen. Dies gilt auch für den Umgang mit wissenschaftlichen Beiträgen, die gezielt versuchen, einen weitreichenden wissenschaftlichen Konsens zu Umweltproblemen zu delegitimieren und wieder aufzubrechen, um politische Eingriffe zurückzuweisen (durch so genannte „Merchants of Doubt“, vgl. Oreskes & Conway 2010).

D. Ethik

Ethische Argumentation kann zum einen helfen, die normativen Grundlagen der (Umwelt)Politik besser zu verstehen, indem Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Verantwortung in ihrer Bedeutung kritisch analysiert und präzisiert werden. Sie kann zum zweiten dazu beitragen, Umweltpolitik in solchen Feldern zu stärken, die bislang noch nicht oder noch nicht wirksam genug adressiert wurden, aber ein hohes Potenzial für positive Nachhaltigkeitseffekte und Umweltwirkungen bergen. Ein solches Feld ist der Konsum in all seinen Facetten, einschließlich der Frage nach Suffizienz.

Handlungsansatz 5: Die Akzeptabilität von Umweltpolitik kann gestärkt werden, indem ihre ethische Legitimation thematisiert wird

Konkrete Handlungsoptionen sind unter anderem:

- ▶ *Normative Grundlagen offenlegen*, um Akzeptabilität von Argumenten und Handlungsansätzen überprüfbar zu machen: Umweltpolitik kann und sollte nicht alleine aus ihrer scheinbar rein sachlichen Notwendigkeit, der technischen und ökonomischen Vorteilhaftigkeit abgeleitet werden, sondern letztlich aus zustimmungsfähigen ethischen Prinzipien. Zugleich sollten sich Umweltpolitikerinnen und -politiker ausdrücklich mit den normativen Grundlagen jener Politik auseinandersetzen, die sie für Prozesse einer nicht-nachhaltigen Entwicklung verantwortlich machen und die sie mit guten Gründen ersetzen möchten.
- ▶ *In nationaler und internationaler Umweltpolitik stärker Aspekte sozialer Ungleichheit und sozialer Exklusion berücksichtigen – im Sinne nachhaltiger Entwicklung*: Umweltpolitische Maßnahmen, die sozialen Ausschluss verschärfen, sind kaum mit dem Anspruch der 2030 Agenda („leave no one behind“) vereinbar. Steigert Umweltpolitik ihre Kompetenz in sozialen und entwicklungspolitischen Fragen, lassen sich auch Widerstände konkurrierender Politikfelder und Ressorts sowie populistischer Akteure adressieren. Gelingt es, die sozialpolitischen Synergien („Co-Benefits“) wirksamer Umweltpolitik nachvollziehbar zu belegen, mindert dies den Rechtfertigungsdruck, dem umweltpolitische Regulierung oft ausgesetzt ist. Zugleich kann Umweltpolitik sich dabei bestehender Ansätze des sozialen Ausgleichs bedienen, die in anderen Feldern bereits etabliert sind (Gesundheitsversorgung, Mobilität, Wohnen etc.).

Handlungsansatz 6: Die Akzeptabilität von Umweltpolitik kann gefördert werden, indem bisher nicht erfolgreich adressierte Themenfelder (zum Beispiel nachhaltiger Konsum) mit ethischen Argumenten erschlossen werden.

Ethische Argumentation kann helfen, Umweltpolitik in solchen Feldern zu stärken, die bislang noch nicht oder noch nicht wirksam genug adressiert wurden, aber ein hohes Potenzial für positive Nachhaltigkeitseffekte und Umweltwirkungen bergen. Ein solches Feld ist der Konsum, insbesondere wenn viele unbedeutende private Konsumententscheidungen in der Summe zu gravierenden Nachhaltigkeitsproblemen führen (so genanntes „Mengenproblem“). Angesichts

der weltweiten sozial-ökologischen Auswirkungen des Massenkonsums kann Konsumverhalten vor allem in den wohlhabenden Ländern nicht länger als Privatsache gelten.

- ▶ *Nicht allein auf Konsum fokussieren:* Wenn private Konsumententscheidungen zu sozial-ökologischen Problemen führen, stellt sich die Frage, wer dazu verpflichtet ist, sein Handeln zu ändern. Oft richtet sich die Aufmerksamkeit fast nur auf individuelle Konsumentinnen und Konsumenten. Es wäre allerdings ungerecht, Menschen in die Verantwortung zu nehmen, wenn Konsumverhalten allein überhaupt nicht zur Lösung des Problems führen kann. Vielmehr gilt es, die strukturellen Rahmenbedingungen des Konsums – gesellschaftliche Leitbilder, Produktionsmuster, das gegebene marktwirtschaftliche System etc. – zu berücksichtigen und zu ändern. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konflikte um Freiheit und Gerechtigkeit ist in einem liberalen Staat eine Diskussion darüber zu führen, wie Verantwortung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteursgruppen wahrgenommen werden soll und welche Teilverantwortung Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich übernehmen können.
- ▶ *Gerechtigkeitsaspekte der Mengenproblematik aufzeigen:* Der Umgang mit der Mengenproblematik betrifft Fragen des Gerechten (das heißt, wozu wir anderen berechtigterweise verpflichtet sind) und Fragen des Guten (das heißt, wie unser individuell gelingendes Leben aussehen soll; Gutes Leben). Der politische Umgang mit der Mengenproblematik sollte die Gerechtigkeitsbezüge hervorheben, weil die Konsequenzen von individuellen Handlungen und Lebensformen notwendig auch andere – und zwar sowohl aktuell in globaler Hinsicht als auch künftige Generationen – betreffen.
- ▶ *Suffizienz-Denken und Suffizienzpolitiken fördern:* Suffizienz bedeutet, Bedürfnis- und damit auch Konsummuster so ändern, dass unerwünschte sozial-ökologische Konsequenzen vermieden werden. Dabei entstehen zugleich neue Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, wenn gefragt wird: „Was brauchen wir wirklich für ein Gutes Leben, ohne dass wir damit andere schädigen?“. Allerdings ist es weder möglich noch erstrebenswert, dass der demokratische Staat alle Fragen des Guten Lebens reguliert. Dagegen kann eine breitere Debatte zu den (umweltrelevanten) Bedingungen des Guten Lebens das Suffizienz-Denken sowie eine Änderung von Konsumverhalten unterstützen und auch neue gesellschaftliche Gruppen erreichen, die sich bislang mit diesem Thema nicht befasst haben. Suffizienz-Politiken eignen sich, um eine insgesamt problematische Nutzung von umweltrelevanten Gütern zu adressieren und in ein (neues) Verhältnis mit den Bedingungen des Guten Lebens zu setzen. Die Verbindung von Fragen der Gerechtigkeit und des individuellen und gemeinschaftlichen Guten Lebens bildet dabei die zentrale Grundlage suffizienter Lebensweisen.
- ▶ *Entscheidungsarchitekturen transparent machen und gerechter gestalten:* Im öffentlichen Diskurs werden Eingriffe in die vermeintliche Freiheit von Konsumentinnen und Konsumenten oft vehement abgelehnt.⁹ Dabei wird übersehen, dass Konsum immer in sozial gestalteten Ordnungen stattfindet, die bestimmte Konsummuster anderen gegenüber bevorzugen („Entscheidungsarchitekturen“). Da Konsum immer sozial ermöglicht ist, ist daran nichts zu beanstanden. Jedoch müssen diese Architekturen auf ihre Umweltverträglichkeit hin geprüft und gerecht gestaltet werden. Dabei können auch politische Instrumente eingesetzt werden, die Konsumentinnen und Konsumenten bei

⁹ „Vermeintlich“ ist Konsumfreiheit deshalb, weil dies nur unter Annahme eines verkürzten Freiheitsbegriffs gilt, der nur auf so genannte negative Freiheiten abstellt und der jedes Regelwerk als bloße Freiheitseinschränkung missversteht. Regelwerke sind jedoch eine Ermöglichungsbedingung positiver Freiheit und gemeinsamen sozialen Handelns. Zudem ist jede Konsumfreiheit nur scheinbar frei, weil sie unterschlägt, welche möglichen besseren Angebote nicht bereitgestellt werden.

nachhaltigeren Entscheidungen unterstützen („Nudging“). Änderungen in diesen Entscheidungsarchitekturen können dann mit guten Gründen bisherige, aber problematische Freiheitsräume einschränken. Dabei ist es legitim, auch nicht-marktliche Regulierungsformen zu nutzen.

- ▶ *Ethische Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung neu denken*: Die Idee der Nachhaltigen Entwicklung ist eine Konkretisierung von Gerechtigkeit gegenüber allen heute und künftige Lebenden. Dies bildet den Rahmen, vor dem Fragen des individuellen Konsums, von Entscheidungsarchitekturen und anderen Dimensionen der Mengenproblematik zu stellen und zu beantworten sind. Nachhaltige Entwicklung steht nicht mit der Freiheit von Individuen in Konflikt, die ihr gelingendes Gutes Leben moralisch verantwortlich führen (wollen). Im Gegenteil: eine richtig verstandene Freiheit und Verantwortung bedingen einander. Letztendlich liegt die Lösung der Mengenproblematik in einer solidarischen Lebensweise, die derzeit erst in Konturen sichtbar ist. Umweltpolitik sollte künftig noch stärker als bislang an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um diese gerechten gemeinsamen Zukünfte teilnehmen.

Quellen

- Black, J. (2008): Constructing and contesting legitimacy and accountability in polycentric regulatory regimes. In: *Regulation & Governance* 2 (2), S. 137–164.
- Dingwerth, K. (2004): Effektivität und Legitimität globaler Politiknetzwerke. In: Brühl, T.; Feldt, H.; Hamm, B.; Hummel, H. und Martens, J. (Hg.): *Unternehmen in der Weltpolitik. Politiknetzwerke, Unternehmensregeln und die Zukunft des Multilateralismus*. Bonn: Dietz, S. 74–95.
- EEA (Hg.) (2015): *European Environment – State and Outlook 2015 (SOER 2015)*. European Environmental Agency. Copenhagen, 2015.
- Espinosa, C.; Pregernig, Michael; Fischer, C. (2017): Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung, Zwischenbericht (UBA-Texte 86/2017). Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, 2017.
- GEO-6: *Global Environment Outlook, Healthy planet, healthy people*. United Nations Environment Programme. Nairobi, 2019.
- Hajer, M. A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Clarendon Press.
- Hogl, K.; Kvarda, E.; Nordbeck, R.; Pregernig, M. (2012): Legitimacy and effectiveness of environmental governance: concepts and perspectives. In: Hogl, K.; Kvarda, E.; Nordbeck, R. und Pregernig, M. (Hg.): *Environmental governance: The challenge of legitimacy and effectiveness*. Cheltenham, UK & Northampton, MA: Edward Elgar, S. 1–26.
- Jacob, K.; Wolff, F. (2019): *Schlussfolgerungen aus dem Global Environmental Outlook 6 für Deutschland, Hintergrundpapier*. Berlin, 2019.
- Jacob, K.; Wolff, F.; Graaf, L.; Heyen, D. A.; Guske, A.-L. (2016): *Dynamiken der Umweltpolitik in Deutschland, Rückschau und Perspektiven (UBA-Texte 70/2016)*. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, 2016.
- Meisch, S.; Kerr, M.; Potthast, T.; Brohmann, B. (2018): *Mengenproblematik: Wenn individuelle Entscheidungsfreiheit (scheinbar) mit der Nachhaltigkeit in Konflikt gerät (UBA-Texte 113/2018)*. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, 2018.
- Richerzhagen, C.; Bauer, S.; Espinosa, C.; Pregernig, M. (2019): *Entwicklungspolitisch sensible Umweltpolitik (UBA-Texte 20/2019)*. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, 2019.
- SRU (2019): *Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – Zur Legitimation von Umweltpolitik, Sondergutachten*. Sachverständigenrat für Umweltfragen. Berlin, 2019.
- Suchman, M. C. (1995): *Managing Legitimacy, Strategic and Institutional Approaches*. In: *Academy of Management Review* 20 (3), S. 571–610.
- Wolff, F.; Bauer, S.; Brandi, C.; Brohmann, B.; Espinosa, C.; Fischer, C.; Graaf, L.; Griebhammer, R.; Gsell, M.; Heyen, D. A.; Jacob, K.; Kerr, M.; Meisch, S. et al. (2019): *Perspektiven für Umweltpolitik: Ansätze zum Umgang mit neuartigen Herausforderungen, Synthesebericht*. Unter Mitarbeit von Hannah Büttner, Theresa Dorn & Christiane Fleischer (UBA-Texte 2019). Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, 2019.
- Wolff, F.; Gsell, M. (2018): *Ökonomisierung der Umwelt und ihres Schutzes: Unterschiedliche Praktiken, ihre theoretische Bewertung und empirische Wirkungen (UBA-Texte 71/2018)*. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau, 2018.